



Energiepolitik, Umweltpolitik:

Countdown 2021: Atomkraftwerke abschalten – sofort

Atomenergie ist lebensgefährlich, teuer und schützt das Klima nicht. Atomenergie erzeugt hochgefährlichen Müll, bei dem bis heute niemand weiß, wo er gelagert werden soll. Sie wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und verhindert einen Umstieg auf eine nachhaltige Stromproduktion. Es gibt viele gute Gründe aus der Nutzung der Atomenergie auszusteigen. Und zwar besser gestern als morgen.

Die Naturfreundejugend Deutschlands lehnt eine weitere Nutzung der Atomenergie strikt ab. Sie ist weder ökonomisch, ökologisch noch sozial vertretbar. Die Nutzung der Atomenergie war ein Irrweg der Geschichte der Energiegewinnung. Im Folgenden zeigen wir auf, warum ein Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie schon heute notwendig und auch möglich ist.

Ohne massive staatliche Unterstützung wäre die Atomindustrie nie entstanden.

Angetrieben durch das 1953 durch den amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower präsentierte Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie gab es in den 1950er und 60er Jahren einen Boom an Aufträgen zum Bau von Atomkraftwerken in einigen westlichen Industrieländern, vor allem in den USA. Der Traum, unendlich viel Energie günstig zu produzieren, ließ die Bundesregierung seit den 1950er Jahren rund 30.000.000.000 Euro in die Entwicklung und den Ausbau der Atomenergie investieren. 1971 ging der erste kommerzielle

Reaktor ans Netz. 1989 wurde das letzte deutsche Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 fertiggestellt.

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA prophezeite 1974, dass im Jahr 2000 weltweit Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 4.500 Gigawatt (GW, 1 Gigawatt entspricht 1.000 Megawatt) installiert sein würden. Das wäre etwa zwölfmal mehr als die derzeit installierten 390 GW. Woher kommt dieser Einbruch?

Die Ursache liegt in dramatischen Kostensteigerungen verborgen: 1969 bestellte RWE das erste 1.200 MW-Atomkraftwerk Biblis A für einen Festpreis von 750 Millionen DM. Das letzte in Deutschland errichtete Atomkraftwerk Neckarwestheim 2 (Bauzeit 1982 bis 1988) mit einer Leistung von 1.270 MW kostete schon 5 Milliarden DM.

Die Atomindustrie ist weltweit auf dem Rückzug, weil sie zu teuer ist und den Menschen Angst macht.

Die weltweite Statistik der Atomkraftwerke veranschaulicht den Niedergang der Atomenergie: Für November 2006 verzeichnet die Statistik der IAEA 470 Atomkraftwerke mit der Gesamtleistung 390 GW. Für Mitte 1980 verzeichnete das Jahrbuch der Atomwirtschaft (1981) 570 Atomkraftwerke mit 450 GW Gesamtleistung. In den meisten der 31 Länder, die Atomkraftwerke betreiben, darunter auch Deutschland, wurden Atomkraftwerke aufgegeben, die 1985 bereits im Bau oder bestellt waren.

In der deutschen Bevölkerung war die Nutzung der Atomenergie immer umstritten. Spätestens seit dem Unfall in Tschernobyl 1986 lehnt ein Großteil der Bevölkerung die Nutzung der Atomenergie ab. Naturfreunde haben über Jahrzehnte gemeinsam mit anderen Umweltverbänden gegen einen blinden Technikglauben, Atomkraftwerke, Wiederaufarbeitungsanlagen und Endlager demonstriert. Die rot-grüne Bundesregierung hat 2000 den sogenannten Atomkonsens mit den Kraftwerksbetreibern geschlossen. Darin wurde der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie beschlossen und im Atomgesetz von 2002 die Restlaufzeiten der deutschen Reaktoren geregelt. Damit begann der Countdown für den Atomausstieg, der bis 2021 abgelaufen sein soll.

2009 laufen in Deutschland noch 12 Atomkraftwerke mit 17 Reaktorblöcken. Von den 19 westdeutschen Atomkraftwerken wurden nach dem Atomkonsens bisher nur die beiden kleinen Atomkraftwerke Obrigheim und Stade vom Netz genommen. Die ostdeutschen Reaktoren an den Standorten Rheinsberg, Stendal und Greifswald wurden bereits mit der Wiedervereinigung stillgelegt.

Laut Atomgesetz muss Müll aus deutschen Reaktoren in Deutschland gelagert werden. Das Problem der Endlagerung des Atommülls ist weiterhin ungelöst und die möglichen Endlagerstandorte Schacht Konrad und Gorleben sind nicht vom Tisch. 2005 wurden die Castor-Transporte in die sogenannten schmutzigen Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield beendet, in denen kontaminierte Abwässer ins Meer geleitet werden und gefährliches (und waffenfähiges) Plutonium anfällt.

Der Atompark ist eine schwere Hypothek für die jetzige und für zukünftige Generationen. Junge Menschen müssen heute und in Zukunft Probleme einer Technologie lösen, die sie mehrheitlich ablehnen und die ihnen von vorangegangenen Ge-

nerationen aufgeladen wurde.

Die Atomenergie ist die teuerste Form der Stromproduktion. Strom aus Erneuerbaren Energien ist bereits heute günstiger.

Wenn die Elektrizitätswirtschaft seit Jahrzehnten nahezu keine neuen Atomkraftwerke mehr in Auftrag gab, dann ja nicht, weil das verboten gewesen wäre, sondern weil sie nicht wollte. Denn für die Elektrizitätswirtschaft ist die Errichtung von Atomkraftwerken wegen der sehr hohen Investitionskosten ein großes wirtschaftliches Risiko. Je Kilowatt installierter Leistung kostet ein Atomkraftwerk an die fünfmal so viel wie ein modernes Gaskraftwerk, das zudem in weit kleineren Einheiten wirtschaftlich betrieben werden kann. Ein weiterer Ausbau der Atomenergie im großen Maßstab wäre nur bei einem erheblichen staatlichen Engagement möglich.

Es gibt zu wenig Uran, um den weltweiten oder auch nur deutschen Energiebedarf decken können.

Bei der Nutzung der Atomenergie ist Deutschland zu 100 Prozent abhängig von Uranimporten. Nach aktuellen Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) gibt es weltweit etwa 4,7 Millionen Tonnen wirtschaftlich abbaubare Vorkommen von Uran. Im Jahr 2002 lag der erforderliche Uranbedarf bei ca. 67.000 Tonnen. Bei diesem Verbrauchsniveau beträgt die rechnerische Reichweite der bekannten Ressourcen etwa 70 Jahre.

Sollte es doch noch zu einer Renaissance der Atomenergie kommen und im Jahr 2030 sechsmal so viel Atomstrom erzeugt werden wie 2002, läge der Uranbedarf bei einem anhaltenden technischen Fortschritt im Jahr 2030 bei 260.000 Tonnen. Bei diesem Verbrauchsniveau läge die Reichweite der derzeit bekannten Uranressourcen (4,7 Millionen Tonnen) bei 18 Jahren. U-

ran wäre damit schon früher erschöpft als Erdöl und Erdgas.

Das Risiko einer Reaktorkatastrophe ist unbezahlbar.

Das Risiko eines GAUs (GAU = größter anzunehmender Unfall) in Deutschland ist sehr gering. Wahrscheinlicher ist es mit einem Fahrstuhl abzustürzen oder im eigenen Gartenteich zu ertrinken. Jedoch ist die Folgeschwere eine andere: Bei einer Reaktorkatastrophe sind von einer Minute, ja mitunter von einer Sekunde auf die andere Hunderttausende, wahrscheinlich sogar Millionen von Menschen betroffen. In Deutschland machen hohe Sicherheitsstandards eine Reaktorkatastrophe unwahrscheinlich. Es gibt jedoch keinen katastrophenf freien Atomreaktor – allen Versprechungen über neue Reaktorgenerationen zum Trotz: In Deutschland und in anderen Ländern hat es auch in den letzten Jahren gravierende Zwischenfälle in Atomreaktoren gegeben, zum Glück ohne so hohe Verluste an Menschenleben wie in Tschernobyl, z. B. eine hochgefährliche Wasserstoffexplosion im Kühlsystem des Reaktors Brunsbüttel, eine Explosion einer Brennstofflösung in Tokai Mura und ein Leitungsschaden mit Auslaufen großer Mengen radioaktiver Flüssigkeit in Sellafield. Diese Unfälle zeigen: Weder die Technik noch die TechnikerInnen sind perfekt. Wer die Gefahr eines Reaktorunfalls ausschließen will, muss die Atomkraft abschalten. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hat den volkswirtschaftlichen Gesamtschaden eines großen Reaktorunfalls in Deutschland auf rund 5 Milliarden Euro berechnet. Bei einem Unfall im Atomkraftwerk Krümmel/Elbe müssten je nach Windverhältnissen ca. 1,2 Mio. Menschen evakuiert werden. 40.000 bis 110.000 Menschen würden an Krebs erkranken und nach 50 Jahren wären rund zwei Drittel der Stadt Hamburg noch unbewohnbar.

Wissenschaftlich unstrittig ist, dass schon Niedrigstrahlung Krebs verursacht. Folgen des so genannten „Normalbetriebs“ von Atomanlagen sind damit u.a. genomische Instabilität, Erbgutmutationen, gehäufte Missbildungen und Zellalterung.

Die fehlende Versicherung von Unfällen und Folgeschäden des Betriebs von Atomanlagen überträgt die Kosten des Atomstroms von den Kraftwerksbetreibern auf die Gesellschaft.

Gegenwärtig sind Atomkraftwerke nur bis zu einer Obergrenze von 2,5 Milliarden Euro versichert. In der Praxis der Atomkraftwerk-Betreiber ist aber nur ein Atomkraftwerk tatsächlich versichert, darüber hinaus gehende Haftungen werden von allen Atomkraftwerk-Betreibern in Form einer Garantiehaftung übernommen. Das bedeutet: Tatsächlich bezahlen die Atomkraftwerk-Betreiber für alle 17 deutschen Atomkraftwerke zusammen nur eine jährliche Deckungsvorsorge von 256 Millionen Euro, was pro Reaktor jährlich nur eine Versicherungssumme von 13,3 Millionen Euro (der Ertrag von 13 Tagen) ausmacht. Würde das volle Risiko abgedeckt, würde sich der Preis von Atomstrom um 21,5 bis 50 ct/kWh verteuern, sich also nahezu verzehnfachen!

Die Landschaftszerstörung durch den Uranabbau ist so groß, dass er in Europa nicht durchsetzbar ist.

Schon heute sind die ökologischen Grenzen der Uranförderung erreicht, da sie zu einer unvorstellbaren Landschaftszerstörung führt: Derzeit werden Vorkommen abgebaut, die ca. 1 % Uran enthalten. Das geförderte Gestein endet fast vollständig als Abraum. Die Abtrennung des Urans erfolgt chemisch, die eingesetzten Chemikalien verbleiben teilweise in den Schlammmassen. Wer sich ein Bild davon machen möchte, wie der Uranabbau eine Landschaft zerstört, muss nur einen Ausflug ins sächsische Schlema, dem Standort des ehemaligen Uranabbaus der DDR machen. Dort finden sich mehr als 300 Millionen Kubikmeter Abraum, 160

Millionen Kubikmeter giftiger und radioaktiver Schlammseen und kontaminierte Aufbereitungsanlagen. Seit fünfzehn Jahren arbeiten 2.200 Mitarbeiter der Wismuth GmbH mit einem Etat von 13 Milliarden Euro an der Sanierung dieser wohl schlimmsten deutschen Landschaftszerstörung. Unter westeuropäischen Verhältnissen wäre ein derartiger Uranabbau kaum denkbar.

Etwa die Hälfte des weltweiten Urans wird derzeit in dünn besiedelten Gebieten Kanadas und Australiens gefördert. Dort sind hauptsächlich Ureinwohner betroffen, die stetig gegen die angerichteten Schäden protestieren. Ein weiteres Drittel der Uranförderung erfolgt in Kasachstan, Niger, Namibia und Russland. In fünf westeuropäischen Ländern wurde der Uranabbau komplett eingestellt.

Wenn ein höherer Uranbedarf entstünde, müssten Vorkommen mit noch geringerer Urankonzentration abgebaut werden. Gegenüber heute würde nicht nur das Niveau der Uran-Förderung vervielfacht, sondern vor allem auch die Menge an Abraum und Schlämmen je Tonne geförderter Urans. Es ist schwer vorstellbar, dass die einhergehenden Umweltschäden langfristig politisch tragbar blieben, zumal die Uranförderung dann nicht mehr nur auf entlegene Gebiete beschränkt werden könnte.

Die Risiken einer Reaktorkatastrophe sind menschlich untragbar.

In der Geschichte der Atomkraft hat es immer wieder Unfälle gegeben. Einer der schlimmsten war der GAU von Tschernobyl, bei dem ein großer Teil der Radioaktivität aus dem Atomreaktor nach außen gelangte. Eine radioaktive Wolke breitete sich über 1.800 Kilometer von der Ukraine bis nach Deutschland aus.

Im Falle eines Reaktorunfalls mit Austritt von Radioaktivität, tragen die Opfer die Kosten. Dies zeigt das Beispiel der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Sie forderte bisher rund 70.000 Todesopfer,

350.000 Menschen mussten aus den – dünn besiedelten – betroffenen Regionen evakuiert werden, bis zu 800.000 eingesetzte Arbeitskräfte für Aufräumarbeiten erkrankten größtenteils an Herz-Kreislauf-, Magen-Darm- und Augenkrankheiten, 162.000 km² sind verseucht, insgesamt rund 9.000.000 Menschen unmittelbar betroffen. In der Ukraine stieg die Krebsrate um 40 %. Auch im übrigen Europa nahmen Fehlbildungen zu. Das ist nicht nur ethisch, sondern auch ökonomisch katastrophal.

Die Atomenergie kann das Klima nicht retten.

„Die Atomkraft ist ein günstiger Klimaretter!“ „Billiger Atomstrom rettet Arbeitsplätze!“ „Atomstrom sichert bezahlbare Energie für alle!“ Wer solchen Parolen der Atomlobby Glauben schenkt, wird schnell in einen Konflikt geraten, wenn er einen Blick auf den Strommarkt wirft: Mitte der 1990er Jahre hat die EU den Strommarkt liberalisiert. Seitdem die Industrie selber für die Kosten der Energieerzeugung aufkommen muss, ist in Europa kein einziges Atomkraftwerk gebaut worden – und das trotz erheblichen technischen Fortschritts.

Strom aus Atomkraftwerken ist teuer und unrentabel. Ein Neubau lohnt sich nur, wenn sehr hohe staatliche Subventionen fließen – ohne Subventionen kein Neubau. Je Kilowatt installierter Leistung kostet ein Atomkraftwerk etwa fünfmal so viel wie ein modernes effizientes Gaskraftwerk. Für die Energiewirtschaft sind Atomkraftwerke wegen der hohen Investitionskosten – auch für Sicherheit und Endlagerung der radioaktiven Abfälle – ein großes wirtschaftliches Risiko.

Mit der Angst vor einer angeblichen Stromlücke und dem Lockmittel Strompreissenkung soll die Akzeptanz für die Atomkraft erhöht werden. Doch die Stromlücke ist eine Stromlückennlüge: Eine Laufzeitverlängerung würde lediglich zusätzliche Milliardengewinne in die Kassen der Stromkonzerne spülen, die

Stromkosten pro Haushalt aber um maximal 50 Cent pro Monat senken – wenn überhaupt. Die Zusage der Energieversorger nach billigerem Strom entbehrt jeder Glaubwürdigkeit.

Letztlich ist ein Ausbau der Atomenergie als Ersatz für wirksamere Klimaschutzmaßnahmen allein schon wegen der Kosten illusorisch: Um auch nur zehn Prozent der fossilen Energie bis zur Mitte dieses Jahrhunderts durch Atomkraft zu ersetzen, müssten weit mehr als 1.000 Atomkraftwerke rund um die Welt neu gebaut werden. Die Mär vom günstigen Atomstrom ist nichts mehr als eine billige Lüge!

Die Stromlücke ist eine Stromlückelüge und eine Handlungslücke.

2021 soll nach dem Atomkonsens der letzte Reaktor vom Netz gehen. Doch die großen Energiekonzerne E.ON, Vattenfall und EnBW missachten diese Vereinbarung und versuchen mit allen Tricks, ihren Nuklearpark länger laufen zu lassen. Dabei halten sie die Fahne des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit hoch. In Wahrheit geht es jedoch um Profit und Macht: Sie wollen weitere Gewinne aus den alten, längst abgeschriebenen Atommeilern herausholen und gleichzeitig die Machtstrukturen auf dem Energiemarkt für die Zukunft zementieren.

Verlängerte Laufzeiten von Atomkraftwerken oder gar neue Atomkraftwerke schaffen keine Versorgungssicherheit. Im Gegenteil: Sie verhindern Investitionen in moderne effiziente Kraftwerke sowie in eine wettbewerbsfähige und innovative Energieversorgung. Wenn die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland weiter ansteigt, taugt der alte Kraftwerksbestand mit seiner unflexiblen, zentralistischen Struktur mittel- bis langfristig nicht mehr für die veränderten Anforderungen einer nachhaltigen Stromwirtschaft. Durch eine Renaissance der Atomkraft würde die hergebrachte Kraftwerksstruktur mit viel Grundlast-, aber wenig Mittel- und Spitzenlast-Kraftwerken konserviert. Das gefährdet

mittelfristig die Versorgungssicherheit und ist unrentabel.

Insgesamt bedeutet die Strategie der Laufzeitverlängerung älterer Atomkraftwerke weder in den USA, wo die Laufzeit auf 60 Jahre erhöht wurde, noch anderswo den Start in eine neue Atomenergie-Konjunktur. Sie dokumentiert vielmehr den Versuch der Unternehmen, mit alten und technisch überholten Investitionen möglichst lange Geld zu verdienen. Dies trägt jedoch zur Verschleppung notwendiger Investitionen in moderne Kraftwerke bei und könnte sich – Stichwort Versorgungssicherheit – bitter rächen.

Atomkraft verhindert neue Arbeitsplätze

Atomkraftwerke haben im Vergleich mit der restlichen Energiebranche nur wenig Beschäftigte, die aber nach einer Stilllegung noch längere Zeit wegen des Rückbaus der Anlagen beschäftigt werden. Nach Betreiberangaben sind durch den Atomausstieg bis zu 38.000 Arbeitsplätze in der Atomindustrie betroffen – allerdings innerhalb einer sehr großen Zeitspanne. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien dagegen lösen einen Schub für Arbeitsplätze mit Zukunft aus. Rund 214.000 Menschen arbeiteten im Jahr 2006 allein im Bereich der erneuerbaren Energien, Tendenz steigend. Und durch die von der Bundesregierung erhöhte Förderung des Gebäudesanierungsprogramms sind 250.000 gesicherte oder neu geschaffene Arbeitsplätze sowie Investitionen von über zehn Milliarden Euro zu erwarten.

Fazit: Je schneller wir umsteigen, desto schneller entstehen neue Arbeitsplätze.

Atomenergie verhindert Erneuerbare Energien

Der Vorbehalt, dass die Deckung des Strombedarfs durch Erneuerbaren Energien nicht möglich sei, ist schlichtweg falsch. Häufig wird argumentiert, dass Windkraft und Solarstrom angeblich weder grundlast- noch speicherfähig und deshalb konventionelle Reserveleistun-

gen unverzichtbar seien. Richtig ist: Wasserkraft, die Biomasse und die geothermische Energie sind grundlastfähig. Auch der in Deutschland produzierte Windstrom trägt zu 60 % seiner erzeugten Leistung zur Grundlast bei. Nicht grundlastfähig ist allein der Solarstrom. Dieser leistet dafür aber einen Beitrag zur Spitzenlast, ebenso wie das bei 40 % der Windkraftleistung der Fall ist. Die absehbar wichtigste Erneuerbare Energie ist die Windenergie. Doch mit ihr gibt es auch ein Problem: Sie liefert nur Strom, wenn der Wind auch weht. Bei Windflaute müssen andere Kraftwerke den nachgefragten Strom produzieren. Was wir also in den nächsten Jahrzehnten brauchen, um die zeitlich schwankenden, klimafreundlichen Erneuerbaren Energieträger zu integrieren, sind reaktionsschnelle, leicht regelbare Kraftwerke. Dafür ist ein intelligentes Energiemanagement notwendig, das Angebot und Nachfrage flexibel aufeinander abstimmt. Das Stromnetz muss und kann angesichts der Herausforderung, den Windstrom zu integrieren, insgesamt einen Modernisierungsschub durch neue Techniken erfahren. Atomkraftwerke benehmen sich jedoch wie große Lokomotiven: Sie kommen sehr langsam in Fahrt und sind schwer zu bremsen. Ihr Weiterbetrieb behindert dringend erforderliche Innovation.

Um zu sehen, dass ein Umbau des Stromnetzes möglich ist, muss man nur 40 Jahre zurückblicken: Als die Atomenergie eingeführt wurde, wurde das Stromsystem grundlegend umgebaut, um die großen Grundlastkraftwerke aufzunehmen. Zusätzliche Leitungen und Energiespeicher wurden gebaut, ökologisch widersinnige Nachtstrom-Speicherheizungen und gigantische Elektroboiler wurden installiert, um den kontinuierlichen Absatz des Nachtstroms aus den Atomkraftwerken zu garantieren. Denn wegen der geringen variablen Kosten ist ein Atomkraftwerk umso wirtschaftlicher, je mehr Stunden es betrieben wird. Die Energiekonzerne nutzen die globalen

Herausforderungen des Klimawandels, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertuschen und Atomkraft als klimafreundliche Alternative zu Energie aus fossilen Ressourcen darzustellen. Aktiver Klimaschutz ist jedoch nicht nur bei einer Beibehaltung, sondern auch bei einem Vorziehen des Atomausstiegs möglich. Bis 2020 kann laut Prognose des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. der Anteil erneuerbarer Energien von heute 12 Prozent auf rund 47 Prozent gesteigert werden. Damit kann der gegenwärtig durch Atomkraftwerke produzierte Anteil von 22 Prozent des deutschen Strombedarfs deutlich früher als 2021 ersetzt werden.

Die Steigerung bei den erneuerbaren Energien reicht also bei weitem dafür aus, abgeschaltete Atomkraftwerke zu ersetzen. Eine „Stromlücke“, wie sie die Energiekonzerne als drohendes Szenario aufbauen, ist nicht zu befürchten.

Es gibt kein sicheres Endlager für Atommüll.

Abfälle aus dem Reaktorbetrieb strahlen über Hunderttausende von Jahren. Weil der ungeschützte Kontakt tödlich verlaufen würde, müssen sie über einen unvorstellbaren Zeitraum von einer Million Jahren von Menschen und Natur abgeschirmt werden. Die bisherigen deutschen Endlager, in denen jahrelang schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert wurden, zeigen, dass das eine unlösbare Aufgabe ist. In der Asse, einem ehemaligen Salzbergwerk in der Region Braunschweig wurden 126 Fässer mit Atommüll versuchsweise deponiert. Heute ist das Lager mit seinen einsturzgefährdeten Kammern und austretender radioaktiver Lauge eines der größten Umweltprobleme Deutschlands. Weltweit ist bislang kein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb. Hochradioaktiven Abfälle lagern in Betonhallen an den Standorten der Atomkraftwerke und in zentralen Zwischenlagern. Vor Terrorangriffen oder Flugzeugabstürzen sind sie dort nicht ausreichend geschützt.

Mit der Atomtechnik verbreitet sich auch die Atombombe.

Die Geschichte der Nutzung der Atomenergie ist eng mit der Geschichte der Atombombe verknüpft. Anlagen zur Urananreicherung können auch waffenfähiges Uran herstellen. Wiederaufarbeitungsanlagen liefern Plutonium, das für den Bau von Atombomben benötigt wird. Gerade die aktuellen Entwicklungen im Iran zeigen, dass sich friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie nicht voneinander trennen lassen. Wo neue Atomkraftwerke gebaut werden, wird auch die Technik und das Know-how zum Waffenbau verbreitet und die Gefahr eines Krieges mit Atomwaffen steigt.

Die Beispiele zeigen, dass die Atomenergie nie eine zukunftsfähige Energiequelle war. Sie war von Beginn an eine ökonomische, ökologische und soziale Katastrophe. Wir fordern die PolitikerInnen aller Parteien auf, die Sicherheit und die Zukunft der Kinder und Jugendlichen über die wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne zu stellen und dafür zu sorgen, dass der Atomausstieg so schnell wie möglich vollzogen wird. Neben einer klaren Absage an längere Laufzeiten für Atomkraftwerke erwarten wir ein deutliches Bekenntnis zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zum Ergreifen konkreter Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und zum Energieeinsparen.

Auch die Atomkraftwerke in anderen Ländern stellen eine Bedrohung von Umwelt und Gesundheit dar. Deshalb reicht es nicht aus, die deutschen Atomkraftwerke abzuschalten, wenn andere Länder weiter auf Atomkraft setzen. Deutschland muss sich in europäischen und internationalen Gremien dem Bestreben, auf Atomkraft als Antwort auf den Klimawandel zu setzen, entgegenstellen und vehement für Effizienzsteigerungen und den Ausbau erneuerbarer Energien eintreten.

Beschluss der Bundeskonferenz 2009 der Naturfreundejugend Deutschlands

Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen
Telefon 02228 – 9415 – 0
Telefax 02228 – 9415 – 22
E-Mail: info@naturfreundejugend.de
Internet: www.naturfreundejugend.de

© Naturfreundejugend Deutschlands 2009